

Eine in der Öffentlichkeit stark beachtete Grundsatzrede über die Perspektiven deutscher Politik in den Vereinten Nationen hielt der Bundesminister des Auswärtigen am 24. Oktober 1978, dem Tag der Vereinten Nationen, in Bonn vor der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen. Hier der Wortlaut:

Ich freue mich, heute am Gründungstag der Vereinten Nationen vor Ihnen über die Politik der Bundesregierung in den Vereinten Nationen sprechen zu können. Die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen hat sich die Aufgabe gestellt, die Kenntnis über die Weltorganisation in unserem Volk zu verbreiten und für ihre Unterstützung zu werben.

Außenpolitik in einer Demokratie braucht das Verständnis und die Zustimmung der Bürger. Sie braucht diese besonders heute, da sie vor neuartigen Situationen steht und neue ungewohnte Antworten geben muß. Nirgends aber werden die neuartigen Herausforderungen, denen sich unsere Außenpolitik gegenübersteht, deutlicher als an und in den Vereinten Nationen.

Wir haben die Erfahrung einer geschichtlichen Periode, in der internationale Politik gleichbedeutend war mit der Politik der ›Großen Mächte‹. Inhalt der Außenpolitik war das Streben nach Gebietsgewinn und Einflußsphären, war das Streben nach Hegemonie und die Sorge, sich gegen das Hegemoniestreben anderer durch das Eingehen von Koalitionen und die Erhaltung des Kräftegleichgewichts zu sichern. Außenpolitik war *Machtpolitik*.

Es ist deutlich: Eine solche Beschreibung trifft auch heute noch Wesenszüge der internationalen Politik, aber sie trifft nicht mehr *alle* Wesenszüge. Die großen Mächte stehen weiterhin im Vordergrund, aber sie bestimmen den Gang der Weltpolitik nicht mehr alleine, und ihr Verhältnis zu Gleichberechtigung oder Vorherrschaft ist unterschiedlich.

Wir leben heute in einer Welt von mehr als 150 souveränen Staaten, die in der internationalen Politik eigene Vorstellungen und Ansprüche geltend machen. Was ihre Bedeutung erhöht, ist die neue Situation der weltweiten Interdependenz. Sie ist am augenfälligsten im Bereich der Wirtschaft: Die Gewährleistung von Wachstum und Entwicklung ist heute in allen Staaten die zentrale Aufgabe. An ihr vor allem werden die Regierungen von den Regierten gemessen.

Keine Regierung aber kann mehr diese Aufgabe allein aus eigener Kraft erfüllen. Jede ist in starker und oft in entscheidender Weise davon abhängig, daß und wie andere Regierungen diese Ziele verwirklichen. Dies führt zu ganz neuartigen Forderungen in der internationalen Politik. Regierungen fordern z. B. voneinander, das Wachstum zu beschleunigen, oder beschuldigen einander, die Inflation nicht genügend zu dämpfen.

Die gegenseitige Abhängigkeit ist am stärksten ausgeprägt zwischen den industriellen Demokratien des Westens. Aber sie bezieht bereits heute voll auch die Entwicklungsländer ein, und sie hat begonnen, sich auch auf die kommunistischen Industrieländer auszudehnen. Vielleicht gibt es kein sprechenderes Beispiel für die neuartige Situation als die gemischten Gefühle, mit denen 1974/75 die sowjetische Presse die Rezession im Westen kommentierte. Man wußte nicht, sollte man über die ›Krise des Kapitalismus‹, die nun endlich anzubrechen schien, jubeln, oder sollte man klagen über die ungünstigen Auswirkungen, die diese Rezession auf die eigene Volkswirtschaft hatte.

Die neue Situation der Interdependenz erfordert nicht mehr und nicht weniger als eine Revolution des außenpolitischen Denkens und der außenpolitischen Doktrinen. Nach der traditionellen Logik der *Machtpolitik* ist der Gewinn des einen Staates der Verlust des anderen. Jetzt aber werden Situatio-

nen typisch, in denen entweder alle Staaten gewinnen oder keiner, in denen sich nur mehr Ziele gemeinsam verwirklichen lassen.

Dies bedeutet nicht, daß es bei Interdependenz keine Konflikte mehr gäbe. Ja, da auch weit entfernte Staaten nun immer mehr zu ›Nachbarn‹ werden, werden die Probleme jedes einzelnen Staates zahlreicher. Jedoch was sich ändert, ist die Natur dieser Probleme. Wir sehen es am Beispiel der Verteilungskonflikte. Auch derjenige, der seinen Anteil am gemeinsamen Gewinn vergrößern will, muß Sorge tragen, niemals so weit zu gehen, daß er das Entstehen dieses Gewinns gefährdet.

Was bedeuten diese Überlegungen für unsere Außenpolitik? Ich hebe drei Punkte hervor:

Erstens: wir leben in einer geschichtlichen Periode des Übergangs, in der die alte Machtrivalität immer mehr überlagert wird durch weltweite Interdependenz.

Die erste Aufgabe unserer Außenpolitik ist demnach nach wie vor, den Frieden zu sichern, indem wir an der Seite der westlichen Demokratien das Unsere beitragen, um das Kräftegleichgewicht gegenüber dem Osten zu erhalten. Diese Politik ist nicht austauschbar und nicht ersetzbar, so wenig wie unsere gemeinsamen Wertvorstellungen es sind. Aber wir müssen von dieser Grundlage aus beitragen, für die gegenseitige Abhängigkeit der Staaten eine stabile Ordnung der Zusammenarbeit zu entwickeln.

Außenpolitik muß heute zu einem wesentlichen Teil Stabilitätspolitik im umfassenden Sinne des Wortes sein.

Zweitens: Zusammenarbeit läßt sich nicht durch militärische Macht erzwingen. Gewaltanwendung erzeugt in unserer modernen komplexen Welt nur eines — Chaos.

Stabile Kooperation dagegen kann nur durch eine Ordnung gewährleistet werden, in die sich die Staaten freiwillig einfügen, weil sie sie als gerecht und im eigenen Interesse liegend anerkennen.

Die Grundlagen einer solchen Ordnung sind: die Achtung vor der Selbstbestimmung aller Völker und der Gleichberechtigung aller Staaten, die Akzeptierung einer pluralistischen

Autoren dieser Ausgabe

Dr. Klaus J. Citron, geb. 1929, ist Leiter des Referats Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit) im Auswärtigen Amt.

Dr. Reinhard W. Ehni, geb. 1938, ist Referent im Referat Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa im Auswärtigen Amt. Verfasser von ›Die Schweiz und die Vereinten Nationen‹, 1967.

Hans-Dietrich Genscher, MdB, geb. 1927, ist seit Mai 1974 Bundesminister des Auswärtigen und Stellvertreter des Bundeskanzlers; zuvor Bundesminister des Innern.

Dr. Karl Josef Partsch, geb. 1914, ist Professor für Öffentliches Recht und Direktor des Instituts für Völkerrecht der Universität Bonn. Vorsitzender der DGVN. Seit 1969 Mitglied im UN-Rassendiskriminierungsausschuß.

Dr. Ingo von Ruckteschell, geb. 1926, Honorar-Professor an der New York University (Graduate School for Public Administration), ist Referent im Rekrutierungsdienst der Technischen Hilfe der UNO.

Dr. Hans-Jochen Vogel, MdB, geb. 1926, ist seit Mai 1974 Bundesminister der Justiz. Zuvor Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau.

Staatenwelt, die Bereitschaft, Konflikte unter Verzicht auf Gewalt durch Verhandeln und Interessenausgleich zu lösen. Die Bundesregierung bekennt sich zu diesen Prinzipien.

Drittens: Das Management der Interdependenz erfordert nicht nur, daß wir verlässliche Regeln der Zusammenarbeit entwickeln. Es erfordert darüber hinaus, daß wir die Institutionen und Organisationen für die internationale Zusammenarbeit stärken und ausbauen und sie zu Foren machen, in denen die Staaten in einem ständigen Verhandlungsprozeß ihre Interessen ausgleichen und ihre Politiken koordinieren.

Dies gilt im *regionalen* Bereich. Die Bundesregierung sieht es hier als ein vorrangiges Ziel ihrer Politik an, die europäische Einigung voranzutreiben. Wir arbeiten intensiv ebenso in der NATO und in der OECD mit. Wir suchen planmäßig auch die regionale Zusammenarbeit in der Dritten Welt zu fördern, und wir setzen uns ein für die interregionale Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und anderen Regionen. So haben wir in jüngster Zeit die Initiative ergriffen, um eine engere Verbindung und insbesondere auch einen politischen Dialog zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ASEAN herbeizuführen.

Das Ziel, die internationalen Organisationen zu stärken, gilt ebenso *weltweit*. Immer mehr Aufgaben sind zu globalen Aufgaben geworden, die nur durch eine weltweite Zusammenarbeit zu lösen sind. Ich weise hier nur auf die wirtschaftliche Entwicklung der Dritten Welt und die stete Verringerung des Abstands zwischen armen und reichen Staaten hin, auf die Versorgung der wachsenden Weltbevölkerung mit Nahrung, Energie, Rohstoffen, auf die Eindämmung des weltweiten Rüstens und die Nichtverbreitung von Atomwaffen, auf die wirksame Bekämpfung des internationalen Terrorismus, auf die Erhaltung des ökologischen Gleichgewichts auf unserem Planeten.

Für die Lösung all dieser Probleme ist ein starkes und effizientes VN-System von vitaler Bedeutung. Die Bundesregierung handelt nach dieser Überzeugung.

Ich wende mich mit aller Entschiedenheit gegen die in Teilen der Weltöffentlichkeit modisch gewordene Skepsis gegenüber den Vereinten Nationen. Diese kann ihre Wurzel in übersteigerten Erwartungen haben. Sie kann ihre Wurzel aber auch haben in der Ablehnung eines Weltforums, das mehr und mehr zu einem Ort wird, wo sich weltpolitische Meinungen bilden und wo weltpolitische Entscheidungen fallen auf der Basis der Gleichberechtigung der Staaten.

Was gegenüber einer solchen skeptischen Haltung, die die Vereinten Nationen unterschätzt oder mißachtet, *not tut*, ist die klare Einsicht in die Notwendigkeit dieser universalen Organisation und die klare Erkenntnis ihrer ständig wachsenden Bedeutung. Hier, in den Vereinten Nationen und in den VN-Sonderorganisationen, werden in einem ununterbrochenen, umfassenden Verhandlungsprozeß Schritt für Schritt die weltweiten Bedingungen geschaffen, die über die Lebens- und Entfaltungsmöglichkeiten auch unseres Landes mitentscheiden. In diesen Verhandlungen konstruktiv und mit eigenen Initiativen mitzuarbeiten, in ihnen mit ganzem Gewicht unsere wohlverstandenen Interessen geltend zu machen: dies ist zu einer sehr wichtigen Aufgabe geworden. Deshalb ist VN-Politik heute einer der Schwerpunkte der Außenpolitik. Deshalb stelle ich fest: Die keineswegs unumstrittene Entscheidung der Bundesrepublik Deutschland für den Beitritt zu den Vereinten Nationen war richtig und sie bleibt richtig. Alles andere wäre Verzicht auf wesentliche Möglichkeiten der Mitgestaltung der Weltpolitik. Die Bundesrepublik Deutschland darf sich weder im eigenen Interesse noch im Interesse der Welt ins weltpolitische Abseits begeben.

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, nun wenigstens in großen Zügen darstellen, wie sich unsere Politik in den Vereinten Nationen einfügt in die Ziele unserer Gesamtpolitik: Die Sicherung des Friedens, die Schaffung weltweiter Partnerschaft, die Gewährleistung stabilen wirtschaftlichen Wach-

tums, die Verwirklichung der Menschenrechte und die Förderung der Einheit unseres eigenen Volkes.

Friedenssicherung

Zunächst zur Sicherung des Friedens. Das ursprüngliche Konzept der Vereinten Nationen, so wie es in der Charta niedergelegt ist, war, den Frieden notfalls durch die kollektive Aktion der Sicherheitsratsmächte und das heißt insbesondere der Großmächte zu erzwingen. Dieses Konzept war von Anfang an vom Ost-West-Gegensatz belastet.

Die Vereinten Nationen haben jedoch statt dessen eine Reihe von Methoden und Mitteln entwickelt, mit denen sie sich wirksam in die Bemühungen um die weltweite Friedenssicherung einschalten. Das entwickelte Instrumentarium ist vielfältig. Es reicht vom Appell des Sicherheitsrats auf Feuer-einstellung und Aufnahme von Verhandlungen zu Vermittlungsaktionen des VN-Generalsekretärs und zur Entscheidung von VN-Friedenstruppen. Dieses Instrumentarium ist heute aus der internationalen Politik zur Sicherung des Friedens und zur Eindämmung von Krisen nicht mehr wegzudenken. Ich erinnere nur an die Rolle der Vereinten Nationen im Nahost-Konflikt 1973. Die Vereinten Nationen stellten hier mit ihren Friedenstruppen ein schlechthin unentbehrliches Instrument bereit, um den Waffenstillstand durchzuführen und zu überwachen.

Die Bundesregierung unterstützt die friedenserhaltenden Aktionen der Vereinten Nationen und sie sieht in dieser Unterstützung eine wesentliche Komponente ihrer eigenen Politik der Friedenssicherung. Wir tragen insbesondere in bedeutender Weise durch finanzielle wie durch logistische Hilfe bei, den Einsatz der VN-Friedenstruppen möglich zu machen.

Ich habe in meiner Rede vor der diesjährigen Generalversammlung eine Initiative der Staaten der Europäischen Gemeinschaft angekündigt, die darauf gerichtet ist, die Fähigkeit der Vereinten Nationen zu friedenserhaltenden Operationen zu stärken. Wir wollen durch eine Resolution der Generalversammlung die gemeinsame Verantwortung aller VN-Mitgliedstaaten für die Finanzierung dieser Operation unterstreichen. Wir wollen weiter das Instrument der Friedenstruppen durch Maßnahmen verbessern, wie die Schaffung von Ausbildungsstätten und die regelmäßige Unterrichtung des VN-Generalsekretärs über bereitstehende Einheiten und logistische Fazilitäten.

Die zweite Säule der Friedensstrategie der Vereinten Nationen ist vorausschauende Konfliktvermeidung, das heißt, die Bemühung, Konflikte rechtzeitig zu entschärfen, bevor sie offen ausbrechen.

Im weitesten Sinne gehört hierher die gesamte Politik der Vereinten Nationen, den Wandel der Welt in friedlichen Bahnen zu halten. Die Bundesregierung unterstützt die Vereinten Nationen auch in diesen Bemühungen voll und ganz. Wir treten entschieden für den Verzicht auf die Anwendung oder Androhung von Gewalt ein.

Ein Schwerpunkt der Bemühungen der Vereinten Nationen, notwendigen Wandel *friedlich* herbeizuführen, ist heute das *südliche Afrika*.

Im Vordergrund stehen die Bemühungen, Rhodesien und Namibia in einer international akzeptierten Form in die Unabhängigkeit zu führen und durch freie Wahlen, an denen *alle* Bevölkerungsgruppen teilnehmen, *demokratische* Regierungen zu errichten. Auch in der Republik Südafrika selbst muß die Rassendiskriminierung endlich überwunden werden.

Wir haben ein elementares Interesse daran, daß der notwendige Wandel sich friedlich vollzieht, daß die drohende Gefahr von Rassenkrieg und Chaos im südlichen Afrika abgewendet wird. Wir nutzen unsere Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen, unsere gegenwärtige Mitgliedschaft im Sicherheitsrat und ebenso unsere bilateralen Beziehungen zur Republik Südafrika, um auf friedlichen Wandel hinzuwirken.

Im Vordergrund steht gegenwärtig die Bemühung um eine Lösung für *Namibia*. Dort lebt eine große Zahl von Deutschen und Deutschstämmigen. Wir haben deshalb hier ein ganz besonderes Interesse und eine ganz besondere Verantwortung.

In der letzten Woche haben in Pretoria Gespräche der Außenminister der fünf westlichen Sicherheitsratsmitglieder mit der südafrikanischen Regierung stattgefunden. Bis es zu den Wahlen unter Aufsicht der Vereinten Nationen kommt, werden noch viele Schwierigkeiten zu überwinden sein. Das muß mit Nüchternheit und Realismus gesehen werden. Wenn es aber schließlich gelingen sollte, unter Aufsicht der Vereinten Nationen durch freie Wahlen ein *freies* Namibia zu schaffen, dann werden wir ihm mit allen Kräften bei seinem Aufbau helfen.

Eine friedliche Lösung für Namibia hätte Signalwirkung und würde es wesentlich erleichtern, auch die anderen Probleme im südlichen Afrika friedlich zu lösen. Eine friedliche Lösung würde auch die Gefahr abwenden, daß außerregionale Mächte militärisch eingreifen, so wie sie es an anderen Stellen in Afrika getan haben, und Zonen der Vorherrschaft errichten. Sie würde damit wesentlich beitragen zu unserem Ziel eines unabhängigen, einigen und sich erfolgreich entwickelnden Afrika, mit dem wir in gleichberechtigter Partnerschaft zusammenarbeiten wollen.

Es entspricht unserer Politik der Respektierung der Unabhängigkeit der Länder der Dritten Welt, daß wir nicht den Versuch unternehmen, unsere Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung zu exportieren oder sie gar anderen aufzuzwingen oder Entwicklungshilfeleistungen von ihrer Übernahme abhängig zu machen.

Es ist Sache dieser Länder, selbst zu entscheiden, ob sie unser Modell oder Teile davon ganz oder in abgewandelter Form unter den Bedingungen ihrer eigenen Lage und Probleme übernehmen können. Tun sie es nicht, so läßt das keineswegs den Schluß zu, sie stünden »dem Westen« ablehnend gegenüber und müßten auch in ihrer außenpolitischen Zielsetzung weltpolitisch einem anderen Lager zugerechnet werden.

Hier liegt auch eine Gefahr des gedankenlosen Übertragens des Ost-West-Gegensatzes auf die Dritte Welt durch eine vor-

eilige Etikettierung willkürlicher Zuordnungen, die im Bewußtsein der Betroffenen und in ihren Zielen keine Rechtfertigung finden. Ich lehne es deshalb auch konsequent ab, von sogenannten pro-westlichen oder pro-östlichen Entwicklungsländern zu sprechen.

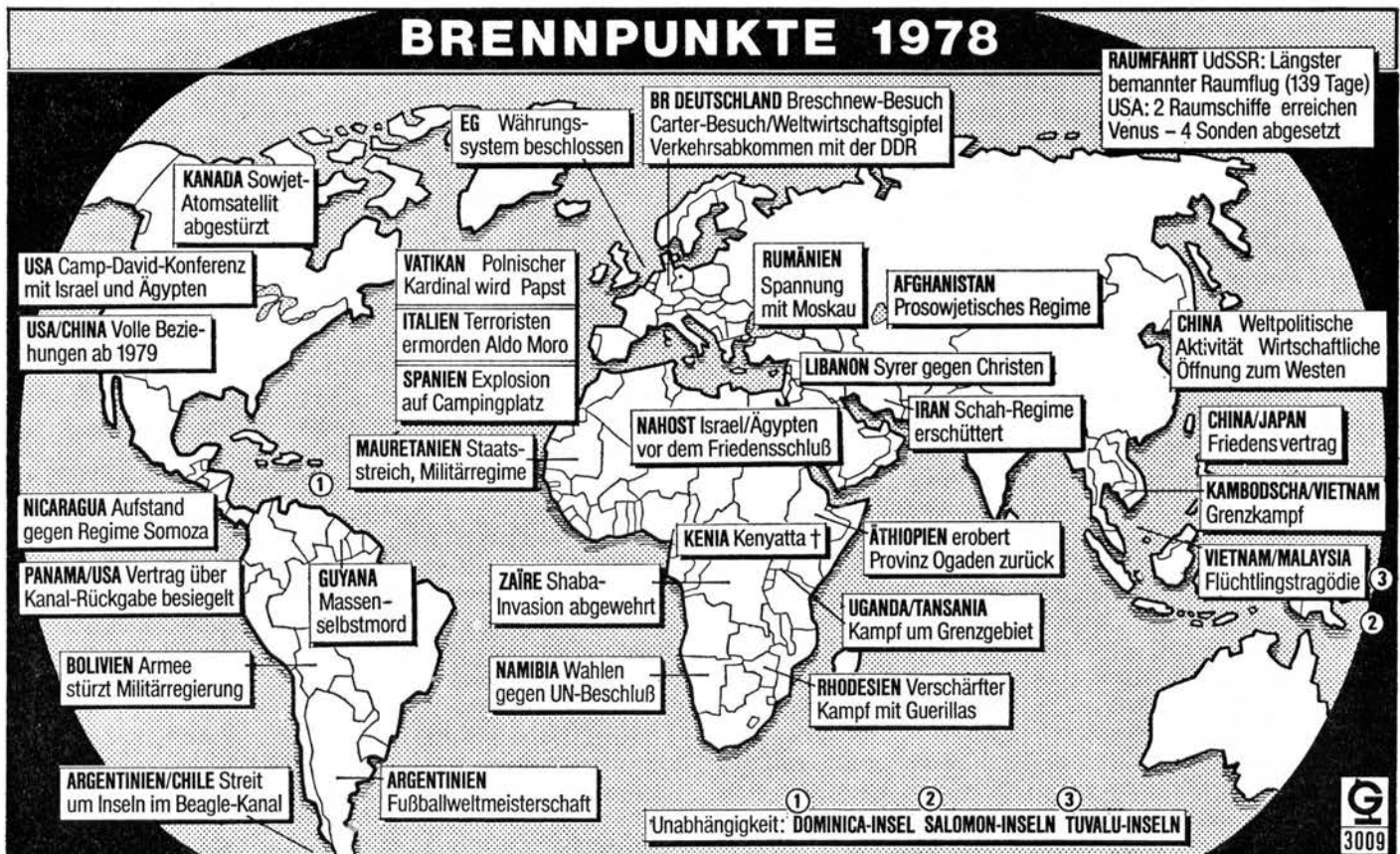
Einen wichtigen Beitrag zur Friedenssicherung leisten die Vereinten Nationen schließlich durch ihre Teilnahme an den Bemühungen um *Abrüstung und Rüstungsbegrenzung*.

Diese Bemühungen haben in diesem Jahr — innerhalb wie außerhalb der Vereinten Nationen — an Intensität stark zugenommen: Es steht zu hoffen, daß bei den amerikanisch-sovietischen Verhandlungen über die Begrenzung strategischer Waffen bald weitere Fortschritte erzielt werden können. Die Wiener Verhandlungen über beiderseitige und ausgewogene Truppenverminderungen in Mitteleuropa haben durch die westliche Initiative vom April einen wichtigen Impuls bekommen.

Innerhalb der Vereinten Nationen hat die diesjährige Sondergeneralversammlung weltweit bewußt gemacht, daß heute *alle* Staaten ein vitales Interesse an Rüstungsbegrenzung und Abrüstung haben. Es ist dabei wichtig, daß die Dringlichkeit der Aufgabe nicht nur den Regierungen und den Experten bewußt ist, sondern auch von der Öffentlichkeit in allen Ländern verstanden wird. Die Bundesregierung hat deshalb den Entschluß der Sondergeneralversammlung begrüßt, die heute beginnende Woche zur Abrüstungswoche zu erklären.

Die Sondergeneralversammlung hat in die Bemühungen und in die Verantwortung für Abrüstung die Länder der Dritten Welt einbezogen und den Nord-Süd-Dialog um ein wichtiges Thema erweitert. Es ist deutlich, wie eine gleichberechtigte Teilnahme der Länder der Dritten Welt an den weltweiten Abrüstungsbemühungen unentbehrlich ist. Wir brauchen nur an die Aufgabe zu denken, die Weiterverbreitung von Atomwaffen zu verhindern und dabei gleichzeitig eine nichtdiskriminierende friedliche Nutzung der Atomenergie sicherzustellen, oder an die immer dringlicher werdende Aufgabe, den steil angestiegenen Waffentransfer durch Einvernehmen zwischen Liefer- und Empfängerländern einzudämmen.

Die Sondergeneralversammlung hat in ihrem Schlußdokument



einen umfangreichen Orientierungsrahmen für die Zusammenarbeit in der Abrüstung geschaffen. Jetzt geht es darum, die erreichte Übereinstimmung weiterzuentwickeln und für konkrete Vereinbarungen zu nutzen.

Die globalen Ausgaben für Militärzwecke dürften inzwischen 400 Milliarden Dollar pro Jahr übersteigen. In einer Welt, in der es noch so viel Armut, ja Hunger gibt, ist das eine Herausforderung an die Vernunft und an unser moralisches Gewissen. Es gilt, durch Rüstungsbegrenzung und Abrüstung Mittel freizusetzen für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Welt und insbesondere der armen Länder.

Nord-Süd-Dialog

Dies führt uns bereits hin zu der zweiten großen Aufgabe der heutigen Vereinten Nationen: nämlich die Bemühungen darum, die wirtschaftliche Entwicklung der Dritten Welt zu beschleunigen und die Kluft zwischen Nord und Süd stetig zu verringern.

Das VN-System ist das zentrale Forum für den Nord-Süd-Dialog über eine — wie es in VN-Terminologie heißt — »neue Weltwirtschaftsordnung«. Worum geht es hier?

Machen wir uns zunächst die Ausgangslage klar. In der Kolonialzeit ist zwischen den Industrieländern und den heutigen Entwicklungsländern ein wirtschaftlicher Verbund entstanden. In ihm lieferten die Entwicklungsländer Rohstoffe, die Industrieländer Fertigwaren. Diese asymmetrische Austauschstruktur ist bis heute vielfach unverändert. Sie bedeutet zunächst einmal, daß die Entwicklungsländer die weitere Wertschöpfung, die auf Grund ihrer Rohstoffe möglich ist, den Industrieländern überlassen.

Doch dies ist nicht alles. Die fast ausschließliche Abhängigkeit der meisten Entwicklungsländer von Rohstoffausfuhren ist vielmehr in sich selbst mit schwerwiegenden Nachteilen verbunden:

- > Zunächst einmal: die Weltnachfrage nach Rohstoffen steigt langsamer als die Nachfrage nach Industriegütern. Von den Ölländern abgesehen, ist der Anteil der Entwicklungsländer am Welthandel deshalb in den letzten 30 Jahren ständig zurückgegangen.
- > Die Preise der Rohstoffe sind — wiederum im Unterschied zu den Industriegütern — starken Schwankungen ausgesetzt. Dazu kommt bei agrarischen Rohstoffen die stete Gefahr von Mißernten. Mit anderen Worten also: die Deviseneinnahmen aus den Rohstoffexporten sind unsicher.
- > Und schließlich ein Drittes: Für eine Reihe von Rohstoffen haben sich in der Vergangenheit die Austauschverhältnisse verschlechtert. Tansania oder Sri Lanka mußten zum Beispiel für einen Traktor immer größere Mengen Sisal beziehungsweise Tee liefern.

Die bestehende Arbeitsteilung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern bringt also für die Entwicklungsländer gravierende Nachteile mit sich. Sie gefährdet vor allem das Ziel, die Deviseneinnahmen in ausreichendem Maße zu steigern, und sie gefährdet damit das Entwicklungsziel. Denn beschleunigte Entwicklung setzt Beschleunigung der Importe voraus und damit auch Beschleunigung der Exporte, um die Importe bezahlen zu können.

Halten wir uns diese Lage vor Augen, so wird unmittelbar verständlich, warum die Entwicklungsländer die bestehende Ordnung der Wirtschaftsbeziehungen zu den Industrieländern als ungerecht ablehnen und eine »neue Weltwirtschaftsordnung« fordern. Und es ist auch klar: Soll der für beide Seiten unentbehrliche wirtschaftliche Verbund funktionsfähig und stabil bleiben, so müssen wir eine Ordnung der Zusammenarbeit aufbauen, die von beiden Seiten, auch den Entwicklungsländern, als gerecht angesehen wird.

In den Forderungen der Entwicklungsländer finden sich, vor allem in der ursprünglichen Form, in der sie auf der 6. Sondergeneralversammlung im April 1974 vorgetragen wurden, Elemente, die für uns unakzeptabel sind.

Aber im Kern geht es um zweierlei:

Die Entwicklungsländer fordern *erstens*: Öffnung der Märkte für ihre Ausfuhren von Verarbeitungsprodukten. Sie fordern also, daß die Industrieländer die liberale Weltwirtschaftsordnung konsequent anwenden, und das heißt, daß sie sie auch *da* anwenden, wo sie sie zur Zeit noch zum Nachteil der Entwicklungsländer behindern.

Die Entwicklungsländer fordern *zweitens*, daß wir sie bei ihrem Ziel, die wirtschaftliche Entwicklung zu beschleunigen, in ausreichender Weise unterstützen. Die Forderungen gehen auf Steigerung der öffentlichen Entwicklungshilfe, auf stärkere Förderung des privaten Kapitaltransfers, auf Verbesserung des Technologietransfers, auf Ausgleich der Exporterlösschwankungen bei Rohstoffen durch Kompensationszahlungen und — wo dies technisch machbar ist — auf Dämpfung der Preisschwankungen der Rohstoffe durch Bufferstocks.

Ich betone nochmals: Im Nord-Süd-Dialog geht es für uns um eine *Reform* — eine marktkonforme Reform — der Weltwirtschaft. Ziel dieser Reform ist es, die weltwirtschaftlichen Bedingungen für eine Beschleunigung der Entwicklung zu verbessern und die Entwicklungsländer nicht nur formell gleichberechtigt, sondern mehr und mehr auch mit materieller Chancengleichheit in die Weltwirtschaft zu integrieren.

Der Nord-Süd-Dialog ist eine der entscheidenden außenpolitischen und außenwirtschaftspolitischen Aufgaben unserer Zeit. Wir müssen ihn mit vollem Ernst nutzen, eine Ordnung der Zusammenarbeit zwischen Industrie- und Entwicklungsländern aufzubauen, die es gewährleistet, daß die Welt beide Ziele erreicht: das Ziel des stabilen Wachstums in den Industrieländern und das Ziel des beschleunigten, überproportionalen Wachstums in den Entwicklungsländern.

Um den Nord-Süd-Dialog zum Aufbau einer solchen Ordnung zu nutzen, müssen die beteiligten Gruppen ihre Haltung in drei Dingen ändern:

Erstens: Die industriellen Demokratien des Westens haben in dem Nord-Süd-Dialog lange Zeit im wesentlichen nur auf den Forderungskatalog der Dritten Welt reagiert. Jetzt endlich machen wir von unserer Seite aus auch *die* Fragen zu Verhandlungsthemen, bei denen Beiträge der Entwicklungsländer nötig sind, um die gemeinsamen Ziele des stabilen Wachstums und der beschleunigten Entwicklung zu erreichen.

Der Aufbau einer Ordnung setzt voraus, daß beide Seiten sowohl Rechte erhalten wie Pflichten übernehmen. Gegenforderungen an die Entwicklungsländer lassen sich freilich in die Verhandlungen nur dann mit Aussicht auf Erfolg einführen, wenn wir an Stelle einer reaktiven Strategie stückweiser Konzessionen unsererseits das Erforderliche im vollen Umfang tun.

Zweitens: Einige wichtige Aufgabenbereiche sind aus dem Nord-Süd-Dialog praktisch ausgeklammert. Ich nenne die Aufgabe, die Welt mit Energie zu tragbaren Preisen zu versorgen, die Aufgabe, ausreichende Rohstoffinvestitionen in der Welt sicherzustellen, die Aufgabe, Rechtssicherheit für Auslandsinvestitionen zu gewährleisten.

Die OPEC-Länder und die Entwicklungsländer insgesamt müssen bereit sein, diese Themen in die Nord-Süd-Verhandlungen voll einzubeziehen. Ich möchte dabei betonen, daß die OPEC-Länder in der Ölpreisgestaltung der letzten Jahre Verantwortungsbewußtsein für die Weltwirtschaft als Ganzes bewiesen und zugleich einen erheblichen Anteil an den Hilfeleistungen für die Entwicklungsländer übernommen haben.

Noch entscheidender als von den äußeren Rahmenbedingungen hängt die Entwicklung von der internen Wirtschafts-, Sozial- und Bildungspolitik in den Entwicklungsländern ab. Nur wenn die interne Politik die richtigen Prioritäten setzt, können die Hilfe von außen und die Möglichkeiten, die eine Reform der Weltwirtschaft schafft, wirklich genutzt werden.

Drittens: Die kommunistischen Industrieländer beteiligen sich am Nord-Süd-Dialog bisher rein passiv. Sie unterstützen die Forderungen der Entwicklungsländer verbal, entziehen sich

aber selbst den notwendigen Leistungen. Sie öffnen ihre Märkte nicht für die Ausfuhren der Dritten Welt; während die westlichen Industrieländer 75 Prozent der Exporte der Entwicklungsländer aufnehmen, nehmen die kommunistischen Industrieländer nicht einmal 4 Prozent auf. Sie beteiligen sich nicht am Schuldenerlaß für die ärmsten Länder, sie tragen nicht bei zur Stabilisierung der Rohstoffexporterlöse der Entwicklungsländer.

Der gesamte Ostblock leistet nicht einmal die Hälfte dessen an Entwicklungshilfe, was alleine die Bundesrepublik Deutschland leistet. Um so stärker sind ihre Waffenexporte in die Dritte Welt, die niemanden satt machen, aber die friedliche Lösung von Problemen erschweren.

Es gilt im Nord-Süd-Dialog deshalb zu erreichen, daß die kommunistischen Industrieländer endlich an der gemeinsamen Verantwortung aller Länder für die Entwicklung der Dritten Welt teilnehmen und daß sie einen ihrem Potential adäquaten Beitrag leisten.

Der Aufbau einer Ordnung, die die Entwicklung zur weltweiten Gemeinschaftsaufgabe macht, fordert von den Industrieländern Opfer. Wir sollten jedoch ebenso die Chance erkennen, die eine solche Ordnung bietet. Sie würde in der Weltwirtschaft wieder ein Klima der Rechtssicherheit und des Optimismus erzeugen und sie würde durch die Beschleunigung der Entwicklung zugleich auch dem Wachstum in den Industrieländern wichtige neue Impulse geben.

Menschenrechte

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, nun auf den dritten großen Tätigkeitsbereich der Vereinten Nationen eingehen: die Förderung der Menschenrechte.

Die Gründung der Vereinten Nationen war mit einem entscheidenden Fortschritt für die Menschenrechte verbunden. Die Charta erklärte die Förderung der Menschenrechte zu einem der Grundziele der Weltorganisation. Damit aber entzog sie die Frage der Menschenrechte der rein nationalen Verfügungsgewalt und machte sie zu einer internationalen Frage. Es wurde legitim, andere Staaten aufzufordern, die Menschenrechte zu verwirklichen. Kein Staat kann Kritik an seinem Verhalten in diesem Bereich als Einmischung in die inneren Angelegenheiten zurückweisen. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948 und die beiden Menschenrechtspakte, die 1976 in Kraft traten, sind auf diesem Weg weitergegangen.

Die Menschenrechte weltweit zu verwirklichen, dies ist heute eines der Themen, die im Vordergrund der Weltpolitik stehen. Im Dezember wird es 30 Jahre her sein, daß die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte verabschiedet wurde. Wir sind uns alle schmerzlich bewußt, wie weit wir in vielen Teilen der Welt von einer Verwirklichung selbst der elementarsten Grundsätze dieser Erklärung noch entfernt sind. Und dennoch: wer sich nüchternen Blicks in der Welt umsieht, der erkennt: Die treibende Kraft in der Weltgeschichte ist nicht das kommunistische Manifest, sondern die Forderung der Völker nach Verwirklichung ihres Rechts auf Selbstbestimmung und Gleichberechtigung und die Forderung der Menschen nach Verwirklichung ihrer Menschenwürde und nach Gewährleistung ihrer Menschenrechte.

Der Wille zu Unabhängigkeit und Selbständigkeit, das Recht auf Selbstbestimmung, sind für die Staaten der Dritten Welt das zentrale Thema ihrer Außenpolitik geworden. Dieser Zielsetzung gehört die Zukunft, und die Zukunft gehört ebenso dem Willen des deutschen Volkes zur Einheit.

Mit den beiden Pakten über bürgerliche und politische Rechte und über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte haben die Vereinten Nationen die Kodifizierung der Menschenrechte abgeschlossen. Die Aufgabe nun ist, die Bestimmungen der Pakte in der Praxis durchzuführen und wirksame weltweite Institutionen für den Schutz der Menschenrechte zu schaffen.



Zwei Jahre lang gehörte die Bundesrepublik Deutschland dem Sicherheitsrat an; in diesem Gremium trug sie in besonderem Maße Mitverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit. 1977 und 1978 präsidierte ihr Vertreter jeweils für einen Monat dem Rat, zuletzt im Dezember 1978. — Im Bild: Ratspräsident von Wechmar im Gespräch mit Generalsekretär Waldheim vor Beginn einer Debatte über Namibia (Anfang Dezember).

Wir stehen hier noch ganz am Anfang. Die VN-Menschenrechtskommission hat ein Verfahren eingeführt, um »Regelbeispiele« schwerer Menschenrechtsverletzungen zu prüfen. Der Pakt über bürgerliche und politische Rechte hat einen Menschenrechtsausschuß eingesetzt; dieser hat im August 1977 seine Arbeit aufgenommen. Viel, sehr viel bleibt noch zu tun. Wir müssen die bestehenden Institutionen nutzen und ausbauen. Und wir müssen neue weltweite Institutionen entwickeln.

Für die Bundesrepublik Deutschland sind die Förderung und der Schutz der Menschenrechte ein Schwerpunkt der Politik in den Vereinten Nationen. Ich trete dafür ein, einen Hochkommissar für Menschenrechte zu ernennen und einen VN-Menschenrechtsgerichtshof nach dem Vorbild des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs zu schaffen.

Vor allem aber trete ich dafür ein, Menschenrechtsverletzungen nicht einäugig zu sehen. Wir dürfen nicht fragen, *wer* die Menschenrechte verletzt, ob er groß und mächtig ist, ob es modisch ist, im konkreten Fall zu protestieren oder nicht. Wir müssen vielmehr fragen, *ob* die Menschenrechte verletzt werden, und wir müssen für alle Betroffenen eintreten, für alle Opfer, gleich, welcher politischen Richtung die Diktatur ist, von der ihre elementaren Rechte mißachtet werden.

So erheben wir unsere Stimme unabhängig davon, ob es sich um Menschenrechtsverletzungen in kommunistischen oder anderen nicht-demokratischen Staaten handelt, oder ob im südlichen Afrika Menschen wegen ihrer Hautfarbe ihre Menschenrechte vorenthalten werden. Die Bundesregierung weiß, daß weltweite Fortschritte in der Verwirklichung der Menschenrechte nur langsam und in zäher, geduldiger Arbeit zu erreichen sind. Kriterium ihrer Menschenrechtspolitik, innerhalb und außerhalb der Vereinten Nationen, ist es, wie eine bestimmte Maßnahme oder ein bestimmter Vorschlag die Verwirklichung der Menschenrechte konkret weiterbringt.

Jede Menschenrechtspolitik in den Vereinten Nationen muß sich stets auch voll bewußt sein, daß Menschenrechte nicht nur die politischen und bürgerlichen Freiheitsrechte meinen, sondern auch die wirtschaftlichen und sozialen Rechte: die Rechte auf materiell menschenwürdige Lebensumstände.

Die Freiheit von Not ist kein geringeres Recht als die Freiheit von Angst. Nur wer dies klar erkennt und anerkennt, kann vor dem Forum der Vereinten Nationen bei den Ländern der Dritten Welt auf Resonanz hoffen.

Das Ziel der deutschen Einheit

Menschenrechte und das Recht der Völker auf Selbstbestimmung, das am Anfang beider Menschenrechtspakte steht, sind universale Prinzipien. Sie gelten überall in der Welt.

Die Bundesregierung tritt mit aller Entschiedenheit vor den Vereinten Nationen dafür ein, die Menschenrechte und die Selbstbestimmung auch im geteilten Deutschland zu verwirklichen. Auch hier gilt es jedoch, nüchtern zu erkennen, was wir in den Vereinten Nationen in der Deutschlandfrage erreichen können und mit welcher Politik wir unser Ziel wirklich fördern. Wir nutzen das Forum der Vereinten Nationen, um vor aller Welt deutlich zu machen, daß die deutsche Frage ungeklärt ist, und daß wir an der Einheit der Nation mit aller Entschiedenheit festhalten.

Ziel unserer Politik ist, unverändert auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt. Dies ist das Ziel, das wir bei Abschluß des Moskauer Vertrags und des Grundlagenvorgabes mit der DDR im Brief zur deut-

lichen Einheit erklärt haben. Und dies ist das Ziel, für das wir auch vor dem Weltforum der Vereinten Nationen mit aller Deutlichkeit eintreten.

Meine Damen und Herren, die Bundesrepublik Deutschland nimmt fünf Jahre nach ihrem Beitritt einen festen Platz in den Vereinten Nationen ein. Wir haben uns dort durch unsere Politik und nicht zuletzt auch durch unsere Politik im Sicherheitsrat Ansehen und Vertrauen erworben, und wir haben unser politisches Gewicht in der Welt erhöht.

Auch unsere VN-Politik ruht auf der festen Basis, die uns die Einbettung in die Europäische Gemeinschaft und die feste Verbindung zu den anderen Demokratien des Westens und insbesondere den Vereinigten Staaten gibt. Wir sind stets darauf bedacht, den Zusammenhalt der westlichen Demokratien zu stärken und wir haben wesentlich daran mitgewirkt, daß die Europäische Gemeinschaft in der Weltorganisation zunehmend mit einer Stimme spricht und zunehmend als einheitliche Kraft gesehen wird.

Wir wollen in den Vereinten Nationen unseren Teil dazu beitragen, die großen weltweiten Aufgaben unserer Zeit zu lösen: die Erhaltung des Weltfriedens, die Überwindung von Hunger und Not überall in der Welt und die weltweite Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts und der Menschenrechte. Wir wollen beitragen zur Herausbildung einer Weltordnung, die vom Geist der Interdependenz geprägt ist und die die Völker zur Zusammenarbeit in gleichberechtigter Partnerschaft und gemeinsamer Verantwortung zusammenführt. Einer Ordnung, die den Namen Friedensordnung wirklich verdient.

Das Konzept vertrauensbildender Maßnahmen

Ursprung — Erste Verwirklichung — Perspektiven

KLAUS J. CITRON · REINHARD W. EHNI

Die 33. Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedete am 16. Dezember 1978 eine von der Bundesrepublik Deutschland initiierte und von 19 weiteren Staaten aus allen Regionalgruppen mitgetragene Resolution (33/91B) mit 132 Ja-Stimmen, keiner Nein-Stimme und nur zwei Enthaltungen (Kuwait, Vereinigte Arabische Emirate); dafür stimmten die westlichen Länder, der gesamte Ostblock, die Volksrepublik China sowie die große Mehrheit der Staaten der Dritten Welt¹. Die Resolution (Text s. S. 34 dieser Ausgabe) enthält die Empfehlung an alle Staaten, auf regionaler Grundlage Vereinbarungen über vertrauensbildende Maßnahmen zu treffen und dabei die besonderen Bedingungen und Bedürfnisse ihrer Regionen zu berücksichtigen. Mit dieser Resolution nimmt die Generalversammlung erstmalig das Thema »Vertrauensbildende Maßnahmen« in ihre Tagesordnung auf und bittet den Generalsekretär der Vereinten Nationen, die aufgrund der Resolution eingehenden Stellungnahmen und Berichte der Staaten über ihre Auffassungen und Erfahrungen mit den von ihnen als angemessen und durchführbar angesehenen vertrauensbildenden Maßnahmen der 34. Generalversammlung vorzulegen. — Das positive Echo, das diese deutsche Initiative in den Vereinten Nationen gefunden hat, ist Anlaß genug, nach dem Konzept der vertrauensbildenden Maßnahmen, den bisherigen Verwirklichungen im Rahmen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) und nach den Möglichkeiten der Anwendung in anderen Regionen zu fragen.

I. Vertrauensbildung und Transparenz

Die Idee der Vertrauensbildung zwischen Staaten ist nicht neu. Ein Blick in die Geschichte genügt, um festzustellen,

daß es zu allen Zeiten Bemühungen gegeben hat, durch Maßnahmen verschiedenster Art — etwa durch Einladungen von hohen Repräsentanten der Nachbarstaaten oder auch durch Eheschließungen zwischen Mitgliedern früher verfeindeter Herrscherhäuser — Vertrauen und damit bessere Voraussetzungen für den Frieden zu schaffen. In der Nachkriegszeit mußte es allen Regierungen der Bundesrepublik Deutschland darauf ankommen, das durch die NS-Herrschaft ausgelöste tiefe Mißtrauen des Auslandes Schritt für Schritt abzubauen und, wo immer möglich, neues Vertrauen zu gewinnen. Eine kontinuierliche Folge von innen- und außenpolitischen Maßnahmen der Bundesregierungen, vor allem in der Europa- und Bündnispolitik, diente diesem Ziel. Auch die von der Regierung Brandt/Scheel seit 1969 eingeleitete Ostpolitik und die aus ihr erwachsenen Verträge mit Moskau, Warschau, Prag und der DDR mit der ihnen zugrundeliegenden Gewaltverzichtspolitik trugen dazu bei, ungeachtet aller fortbestehenden Gegensätze das für ein Zusammenleben in Frieden notwendige Vertrauen neu aufzubauen. Die Erkenntnis, daß der vertraglich fixierte Gewaltverzicht nicht genügt, um das weiterbestehende Mißtrauen beider Seiten abzubauen, führte zur Suche nach neuen Wegen in der Sicherheitspolitik, um angesichts der sich hochgerüstet gegenüberstehenden militärischen Blöcke von Ost und West Möglichkeiten zu finden, die bestehenden Spannungen zu entschärfen.

Es galt ein Konzept zu entwickeln, das bei Wahrung der Sicherheitsinteressen aller Beteiligten zu einem schrittweisen Abbau des Mißtrauens und damit zur Schaffung besserer Voraussetzungen für die Fortsetzung des Entspannungsprozesses und die Vorbereitung von Rüstungskontrollvereinbarungen führen konnte. Angesichts der sich in Europa gegenüberstehenden gewaltigen militärischen Potentiale von Ost